

Was hört man generell über die Ostkirchen?

\* bestenfalls: Sie sind apolitisch, feiern viel und feierlich Liturgie, haben Schwierigkeiten, ihre eigene Struktur der Einheit über die Lokalkirche hinaus zur Geltung zu bringen;

\* schlimmstenfalls: sie sind Nationalkirchen mit der Neigung nationalistisch zu sein und die nationalistischen Färbungen ihrer Heimatländer allzu unkritisch zu dienen.

Was ist heute unsere Aufgabe: Wir müssen überprüfen, woher diese Wahrnehmungen kommen. Und positiv versuche ich aufzuzeigen, dass in dieser Wahrnehmung der Ostkirchen eine positive, theologisch relevante Erfahrung enthalten ist, die es freizusetzen gilt.

### **Der Ausgangspunkt:**

Innerhalb der Pentarchie im Römischen Reich lag nur Rom als kirchliches Zentrum im Westreich. Der Bischof von Rom und der westliche Kaiser seit Karl dem Großen etablierten bei bleibendem Kampf um den Vorrang eine duale Referenz, in der die Einheit der kirchlichen Gewalt selbst in Zeiten der kirchlichen Schwäche bis zur Reformationszeit erkennbar blieb. Im römischen Ostreich gab es vier gleichrangige kirchliche Zentren: Jerusalem, Antiochien, Alexandrien, Konstantinopel. Es war nötig, eine Einheitsinstanz für diese Mehrzahl zu geben, und diese Einheitsinstanz war der Kaiser.

Die Bedeutung des nun christlichen Kaisers in Konstantinopel färbte sozusagen auf die Kirche ab. Das Konzil von Chalcedon gibt in kirchlicher Perspektive in can. 28 Konstantinopel einen besonderen Rang: „Dem Stuhl des Alten Rom haben die Väter begrifflicherweise die Vorrechte zugestanden, weil jene Stadt Kaiserstadt war. Aus demselben Beweggrund haben die 150 gottgeliebten Bischöfe die gleichen Vorrechte dem heiligen Stuhl des Neuen Rom zugesprochen, wobei ihr Urteil ganz vernünftig lautete, die durch Kaiser und Senat geehrte Stadt, die die gleichen Vorrechte wie die alte Kaiserstadt Rom genießt, sei auch in kirchlicher Hinsicht wie jene mit Macht und Ansehen auszustatten, denn sie ist die zweite nach jener“ (Josef Wohlmuth, Hg., Dekrete der ökumenischen Konzilien, Bd 1, Paderborn u.a. 2<sup>1998</sup>, 99f; der Kanon fehlt in DH!).

Als Kaiser Konstantin nach Byzanz / später Konstantinopel / heute Istanbul übersiedelte, stellte sich die Frage für den Bischof von Rom, welche Konsequenzen das für ihn haben sollte. Die Bischöfe von Rom folgten einer anderen Logik als die Konzilien von Konstantinopel und Chalcedon: Der Grund für den kirchlichen Sitz in Rom ist nicht die Würde der Kaiserstadt und des Senats, sondern das Blut der Märtyrer Petrus und Paulus.

O Roma felix, quae tantorum principum  
es purpurata pretioso sanguine !  
Excellis omnem mundi pulchritudinem  
non laude tua, sed sanctorum meritis,  
quos cruentatis iugulasti gladiis.

O du glückliches Rom, das du durch so großer Fürsten  
kostbares Blut purpurn gefärbt bist!  
Du übertriffst alle Schönheit der Welt,  
nicht durch deinen eigenen Ruhm, sondern durch die Verdienste der Heiligen,  
die du durch deine blutigen Schwerter ermordet hast.

Werfen wir einen Blick in einen Text aus dem 9. Jahrhundert, der vermutlich im Umkreis der Bekehrung der Bulgaren zum Christentum entstand. Er ist auf Griechisch und Altslavisch überliefert und kommentiert den 28. Kanon von Chalcedon kommentiert.

Vgl. dazu: Nikolaus Wyrwoll, Politischer oder petrinischer Primat? Zwei Zeugnisse zur Primatsauffassung im 9. Jahrhundert (= Epiphania 2), Fribourg 2010. Der Traktat führt den vollständigen Text des can. 28 von Chalcedon an und kommentiert ihn dann doppelt:

„[Traktat-]Scholion. Man muss wissen, dass sie [die Konzilsväter von Konstantinopel 381] deswegen die Kirche von Konstantinopel die zweite nannten, weil damals noch das ältere Rom [weltlich] herrschte. Wenn nun, wie diese heilige Synode sagt, die Väter deswegen dem (alten) Rom den Vorrang gegeben haben, weil es regiert, ist nun mit Recht diese Stadt (Konstantinopel) als erste zu betrachten, weil sie nach dem Gefallen Gottes (jetzt) allein regiert.

*Scholion [Gegenrede gegen das erste Scholion]*

1. Man muss wissen, dass dieser Beschluss durch den seligen Papst Leo nicht angenommen wurde, der damals den Thron des alten Rom innehatte, und [der Papst] in diesem Punkt die heilige Synode von Chalzedon auch nicht billigte, sondern der Synode schrieb, er könne nichts dergleichen annehmen, da diese [Abstimmung] nur durch die ehrgeizigen Neuerungen des Anatolios geschehen sei, der damals Erzbischof von Konstantinopel war. Deswegen haben diesen Beschluss auch einige der bei der Synode anwesenden Bischöfe nicht unterschrieben.

2. Denn es ist nicht so, wie dieser Beschluss sagt, dass nämlich die heiligen Väter deswegen dem alten Rom den Vorrang zugesprochen haben, weil es damals [auch weltlich] regierte, sondern von oben und von Anfang an hat es den Vorrang vor den Ersten im Priestertum, Amt und Vorsitz, durch die Gnade Gottes, als Fundament für den Glauben; in dem Wort unseres Herrn Jesus Christus an das Haupt der Apostel: Petrus, liebst du mich? Weide meine Schafe!

3. Wenn nun diejenigen, die den vorigen Gedanken halten, sagen, dass das ältere Rom, weil es [im Weltlichen] herrschte, auch den [geistlichen] Vorrang hatte, und nun, da Konstantinopel regiere, ihm der Vorrang zufalle, dann ist dagegen zu sagen, dass auch in Mailand und Ravenna Kaiser wohnten, deren Paläste heute noch stehen, ohne dass deswegen diesen Städten jemals der Vorrang zugesprochen worden wäre. Im priesterlichen Stand kommen nämlich Rang und Ansprüche nicht vom Ansehen, das man in der Welt hat, sondern sie werden nach göttlicher Wahl und apostolischer Vollmacht zugemessen.

4. Als die heiligen Väter die Stadt Jerusalem ehren wollten, die Stadt des Königs der Könige, unseres Gottes und Herren Jesus Christus, und seines allzeit gepriesenen Leidens, haben sie ihr die Würde eines Metropolitansitzes zugesprochen, ohne die patriarchale Ordnung aufzuheben. Denn sie konnten nicht die Grenzen überschreiten, die die Verkünder des wahren Glaubens gesetzt hatten. Wie ist es dann möglich, dass wegen eines irdischen Königs göttliche Charismen und apostolische Ehren übertragen und die Gesetze des unbefleckten Glaubens umgestürzt werden sollen? Unerschütterlich steht bis zum Ende der Zeiten der Vorrang des alten Rom.

5. Deswegen, weil es den Anfang aller Kirchen darstellt, brauchte sein Bischof dieser Ehrenstellung wegen nicht in den heiligen Synoden zu erscheinen; ohne die Übereinstimmung mit ihm aber – ausgedrückt durch einige Gesandte von denen, die immer bei seinem Thron stehen – kam keine Ökumenische Synode zustande, und was er betrieb, kam als erstes vor die Synode.

*[Fortsetzung des Traktates]*

Die bleibende Aktualität dieser damaligen Auseinandersetzung zeigen zwei Texte:

Metropolit Hilarion (Alfeyev), Leiter des Kirchlichen Außenamtes des Moskauer Patriarchats und Mitglied der Internationalen Orthodox-Katholischen Dialogkommission, vertritt in seinem Handbuch „Die Orthodoxie“ eine politische Deutung des Primats:

Als Konstantinopel Hauptstadt des Römischen Reiches wurde „und den Status eines ‚neuen Rom‘ erhielt, empfing zu Beginn des vierten Jahrhunderts der Bischof von Konstantinopel die Rechte eines Metropoliten. In den 80er Jahren des vierten Jahrhunderts erhält der Bischof von Konstantinopel seiner Bedeutung nach den zweiten Rang nach dem Bischof von Rom, wie der dritte Kanon des Zweiten Ökumenischen Konzils bekräftigt: ‚Der Bischof von Konstantinopel hat den Vorrang der Ehre nach dem Bischof von Rom, denn Konstantinopel ist das Neue Rom‘. Das Vierte Ökumenische Konzil (451) gab folgenden Beweggrund für die Entscheidung an: ‚Dem Stuhl des Alten Rom haben die Väter begreiflicherweise die Vorrechte zugestanden, weil jene Stadt Kaiser-

stadt war. Aus demselben Beweggrund haben die 150 gottgeliebten Bischöfe die gleichen Vorrechte dem Heiligen Stuhl des Neuen Rom zugesprochen, wobei ihr Urteil ganz vernünftig lautete, die durch Kaiser und Senat geehrte Stadt, die die gleichen Vorrechte wie die alte Kaiserstadt Rom genießt, sei auch in kirchlicher Hinsicht wie jene mit Macht und Ansehen auszustatten, denn sie ist die zweite nach jener'. Der Primat des Bischofs von Rom wird also von den östlichen Vätern nicht als bedingt durch die Nachfolge des Apostels Petrus verstanden, sondern als begründet in der politischen Bedeutung Roms als Hauptstadt des Imperiums. Genau so gingen die Vorrechte des Sitzes von Konstantinopel nicht aus dessen Altherwürdigkeit hervor (die Sitze von Jerusalem, Alexandrien und Antiochien waren älter) und nicht aus irgendwelchen anderen kirchlichen Vorbedingungen, sondern ausschließlich aus der politischen Bedeutung Konstantinopels als ‚Stadt des Kaisers und des Senats‘.

Ilarion (Alfeev), Pravoslavie, Bd. I, Moskva 2008, 289; vgl. die französische Übersetzung: Hilarion Alfeyev, L'Orthodoxie. Histoire et structures canoniques de l'Église orthodoxe, Paris 2009, 288.

Der unkonventionelle Kulturphilosoph Eugen Rosenstock-Huessy (1888–1973) erkennt in demselben geschichtlichen Horizont die Bedeutung des petrinischen Primats in seiner kritischen Funktion gegenüber der Absolutsetzung politischer Gewalten:

Dies Ereignis von Chalzedon war einschneidend, nicht wegen der ewigen Kleinlichkeit der Rivalität, sondern wegen des benutzten Arguments. Denn *zum ersten Mal in der Geschichte der Kirche* wurde ein bedeutender Zug ihrer heiligen Ordnung, der Primat Roms, *auf eine äußerliche Ursache* gegründet. Der Anspruch der Kirche war gewesen: sie ist gänzlich neue Schöpfung, nicht durch den organisatorischen Willen des Mannes gemacht, sondern von Gott aus Jesu Lenden geboren, wie Eva aus Adams Rippe. Aus diesem Grunde hatte Jesus seinen eigenen Leib und Geist aufgegeben, damit ja nichts Vor-Christliches, das ihm selber vorauflag, in die neue Schöpfung eintrete. Er hatte sich selbst zwischen der Vergangenheit und der Zukunft seinen Platz geschaffen [...]

Jedes Glied der Kirche, das ist unser Zentraldogma, hat eine Tat äußerster Freiheit erfahren, einen Akt des Los-Brechens, eines Bruches der Ketten der Kausalität. Und dass Jesus sich von der alten Ordnung der Dinge total freimachte, dies allein befähigt ihn, auf die zweite Schöpfung der Menschen ‚den Geist zu hauchen‘ (Joh 20,22). Das Argument des Ostens in Chalzedon warf die Kirche gerade in das Kraftfeld zurück, von dem sie Befreiung versprach.

Bis zum heutigen Tag hockt der christliche Osten über der Stunde, in der Altertum in unsere Zeitrechnung übergang, weil einem allzu dinglichen Element der Heidenzeit der Zutritt in den Blutstrom der neuen Schöpfung im Osten verstattet wurde. Der Westen aber schleuderte es aus seinem System hinaus. Seitdem blieb der Osten immer geschwächt gegen der Tyrannen Einmischung in die Kirche, während der Westen in der entgegengesetzten Richtung versucht wurde: nämlich die ‚Kaiser‘ aller Würde zu entkleiden. [...]

Freilich, sobald das neue Rom des Ostens, sobald Konstantinopel der italienischen Hauptstadt den Rang ablief, begann der Primat Roms an dem stolzen Nacken der Kirchen des Ostens zu scheuern. Die Reibung wurde offen zugegeben auf dem Konzil von Chalzedon, d.h. im Jahre 451. Die Griechen stellten Roms Primat nicht etwa in Abrede; o nein, sie schabten nur die Würzelchen seines Stammbaums ab. Sie gaben zu verstehen, dass Roms Kirche ihren Rang nicht dem Walten und Martyrium Peters verdanke, sondern dem Umstand, dass zu seiner Zeit Rom Reichshauptstadt war. Dies Abschaben gemahnt an die moderne Wissenschaft, die ja auch jedes Ereignis auf einen Einfluss, einen fremden Ursprung, ein voraufgehendes Motiv als Ursache zurückführt. [...]

Petrus ging nach Rom, weil das Reich der Welt seinen Mittelpunkt auf dem Kapitol hatte. Indessen: Petrus trotzte auch Rom, denn er ging dorthin, ‚obgleich‘ es der gefährlichste Platz zum Eingreifen war. Die Legende von ‚Quo vadis?‘ [in den apokryphen Petrus-Akten] gemahnt uns daran, wie entsetzlich der Schritt war, nach Rom zu gehen. Petrus' Tat war epochemachend nicht, weil ihn gemischte Motive trieben, sondern weil er den Gründen trotzte, die dawider sprachen! [...]

Infolgedessen war die Römische Kirche nicht die Erbin des Caesarischen Roms, sondern sie erhob sich ihm entgegen [...] Wer den Begriff ‚Ursache‘ auf Rom als die anziehende Hauptstadt

anwendet, und den Begriff ‚Wirkung‘ auf das Opfer des Lebens der Apostel, der macht sich lächerlich (Eugen Rosenstock-Huussy, *Des Christen Zukunft – oder: Wir überholen die Moderne*, München 1955, 215-221).

Untersuchen wir noch ein wenig die Konsequenzen. Zunächst war der Patriarch von Konstantinopel nicht der neue Papst, sondern die Einheit der östlichen Lokalkirchen wurde garantiert durch den Kaiser, der die Konzilien einberief und ihre Beschlüsse als Reichsgesetze verbindlich machte. Noch im Konzil von Florenz 1438/39 wurde die westliche Delegation von Papst Eugen präsiert, die östliche durch den oströmischen Kaiser, dem der Patriarch erst an zweiter Stelle nachfolgte!

Selbst orthodoxe Theologen nennen das heute verschämt „Cäsaropapismus“ und sagen meist, das sei ein vorübergehender Missbrauch gewesen, der heute natürlich endlich abgestellt worden sei. Ich würde das bestreiten. Der frühe ostkirchliche Gebrauch enthält eine kostbare theologische Botschaft, die wir heute dringend brauchen. Sie gewinnt ihre Aktualität vielleicht gerade heute, angesichts des Besuchs von Kardinalstaatssekretär Parolin in der Schweiz, ja an unserer Universität Fribourg. Warum?

Was war der Kern der Verkündigung Jesu? Das Reich Gottes, die Königsherrschaft Gottes. Welche Verheißung steckt in dieser Botschaft? Die Schöpfung ist dazu bestimmt, nicht nur Individuen „in den Himmel“ zu führen, sondern die Schöpfung als ganze in einen Ort des Friedens zu verwandeln, der durch „gute Herrschaft“ zur Fülle des Lebens findet. Diese Herrschaft ist sicherlich die Herrschaft Gottes. Doch Gott beteiligt seinen menschengewordenen Sohn an dieser Herrschaft. Er wird durch seine Auferstehung zum „Pantokrator“ und sagt von sich: „Mir ist alle Macht (*exousia*) gegeben im Himmel und auf Erden“ (Mt 28,18).

Überall, wo auf Erden Herrschaft ausgeübt wird, ruht darauf die Verheißung, dass Reich Gottes auf Erden begonnen hat und gelebt werden kann. Die höchste Fülle wird es in der neuen Schöpfung im neuen Jerusalem annehmen.

Die Dualität von kirchlicher und weltlicher Gewalt repräsentiert den vorläufigen irdischen Zustand: Die Kirche bezeugt, dass Herrschaft nur im Namen Gottes wahrhaft gelingt, weil der Herrschende bereit sein muss, sein Leben hinzugeben. Die weltliche Autorität zeigt, dass in aller Anfänglichkeit und Vorläufigkeit diese Herrschaft tatsächlich verwirklicht werden kann. Die Kirche ist diejenige Instanz, die diese Endlichkeit und Vorläufigkeit aller irdischen Herrschaft beständig vor Augen hält. Deshalb pflegen totalitäre Regime aller Zeiten die Christen zu verfolgen und zu unterdrücken – oder zu domestizieren, d.h. in ihren irdischen Horizont zu integrieren.

Ein historischer Beleg, dass diese Auffassung tatsächlich auch theologisch reflektiert vertreten wurde, ist ein Brief des Patriarchen Antonios IV. von Konstantinopel an den russischen Großfürsten Vassilij I. Ende des 14. Jahrhunderts, als in Russland immer wieder Bestrebungen bestanden, den russischen Erzbischof nicht von Konstantinopel ernennen zu lassen, weil der Kaiser stets einen Griechen sandte, sondern selbst einen Russen für dieses Amt zu bestimmen. Ob das mit dem christlichen Glauben zu vereinen war, darüber waren sich die russischen Fürsten anscheinend nicht sicher. In Konstantinopel ist sogar am Ende des 14. Jahrhunderts der Patriarch der festen Überzeugung, dass es nicht ohne Kaiser gehe. Antonios IV. schreibt 1393 an den Fürsten Vassilij:

„Und dass du sagst: ‚Eine Kirche haben wir, einen Kaiser aber haben wir nicht‘, billigen wir auch nicht, und das ist keineswegs schön. Der heilige Kaiser nimmt einen bedeutenden Platz in der Kirche ein. Denn der Kaiser ist nicht wie die übrigen Herrscher und Lokalgewalten, da die Kaiser von Anfang an die Religion in der ganzen Oikumene stützten und festigten, und die Kaiser beriefen die ökumenischen Konzilien ein, und was die göttlichen und heiligen Kanones über die rechtgläubigen Dogmen und über den öffentlichen Wandel der Christen sagen, bestärkten die Kaiser und gaben Gesetze, damit es geachtet werde [...] und er [der Kaiser] wird mit dem erhabenen Myron gesalbt und geweiht als Kaiser und Autokrator der Römer, d.h. überhaupt aller Christen. Und an jedem Ort und bei allen Patriarchen, Metropolitane und Bischöfen wird, wo von den Christen die Rede ist, des kaiserlichen Namens gedacht, welchen keiner der anderen Herrscher und Lokalgewalten jemals hat [...] Deswegen ist es nicht schön, mein Sohn, wenn du sagst: ‚Wir haben eine Kirche, aber keinen Kaiser.‘ Es ist nicht möglich für die Christen, eine Kirche, aber keinen Kaiser zu haben. Denn die Kaiserherrschaft und die Kirche haben eine

volle Einheit und Gemeinschaft, und es ist nicht möglich, sie voneinander zu trennen“ (Wyrwoll, a.a.O., 62f.).

In der Geschichte der Beziehungen zwischen Kirche und weltlicher Gewalt bürgert sich für diese Auseinandersetzung eine Dualität von Begriffen ein: „potestas“ bezeichnet die politische Gewalt, „auctoritas“ die kirchliche, die letztlich nicht nur Leben beschützt (oder opfert), sondern Leben hervorbringen und für seine endgültige Rettung Zeugnis geben kann.

Es mag scheinen, als seien das sehr alte Auseinandersetzungen, die heute an Bedeutung verloren haben. De facto behaupte ich, dass Sie mit der Kenntnis dieser Streitigkeiten die meisten Spannungen unter den autokephalen Kirchen verstehen können. Zwei historische Zwischenschritte müssen wir dazu kennen und berücksichtigen:

1) 1453 geht das oströmische Reich unter, und es gibt keinen Kaiser mehr. Die Herrschaft wird vom Osmanischen Reich übernommen. Wir wissen bereits, dass der Patriarch überlebt hat, persönlich und institutionell. Aber die Institution hat eine wesentliche Wandlung erfahren. Sie wurde zum Urbild des muslimischen „Millet-Systems“, das der muslimischen Reichsordnung administrativ voll unterworfen war, aber nach innen recht weitgehende Rechte der Selbstverwaltung bewahrt hat.

2) „Reiche“ wie das Römische und das Osmanische Reich sind fähig zu einer multikulturellen politischen Einheit. Mit der Entstehung der modernen Nationalstaaten ab dem 19. Jahrhundert wandelt sich der Begriff der „Nation“. In der Bibel stehen die „Nationen“ für die Individualität auf gemeinschaftlicher Ebene. Die Vielfalt der Völker oder Nationen spiegelt die Vielfalt der Schöpfungsweisheit Gottes wider: Ps 47,9-10: „Gott wurde König über alle Völker, / Gott sitzt auf seinem heiligen Thron. Die Fürsten der Völker sind versammelt / als Volk des Gottes Abrahams. Denn Gott gehören die Mächte der Erde; / er ist hoch erhaben.“

Der Nationalstaat im 19. Jahrhundert wird selbst zum Gott. Der Kulturkampf gegen die katholische Kirche zeigt, dass die Verweigerung dieser Kirche, sich den Nationalstaaten zu unterwerfen, als „Gotteslästerung“ betrachtet und geahndet wurde. Die Universität Fribourg ist eine Frucht des konstruktiven Widerstands der Katholiken, die zeigen wollten: Wir engagieren uns für Staat und Gesellschaft, nicht obwohl, sondern weil wir eine Autorität über diesen Staat hinaus anerkennen.

Nun sind wir ganz nahe am heutigen Problem der Orthodoxie. Wandlungen seit 1453 sind nicht hinreichend durchschaut und aufgearbeitet. Die lokalkirchliche Verfasstheit ist in sich keine Schwäche, sondern eine Stärke. Auch Katholiken sprechen heute von der Notwendigkeit der „Inkulturation“, d.h. der engen Verbundenheit zwischen der Kirche und der jeweiligen kulturellen Verfasstheit eines Volkes. Ein Problem ist jedoch die Tatsache, dass die heutigen Nationen nicht die Völker sind, die den einen Gott loben, sondern Nationen, die sich im Machtspiel mit oder gegen andere Nationen zu behaupten versuchen und die Kirchen dazu nur allzu gern zur Stärkung ihrer Ansprüche verwenden wollen.

Eine große Zahl von orthodoxen Kirchen Osteuropas sind im Rahmen der Entwicklung der Nationalstaaten entstanden und waren deshalb notwendig verbunden mit einer Befreiungsbewegung vom Osmanischen Reich – und mit einer kirchlichen Abspaltung vom Ökumenischen Patriarchat, das ja nur eine Zuständigkeit innerhalb des osmanischen Herrschaftsgebietes hatten. Die Rumänische Orthodoxe Kirche mit ihrer langen, geradezu urchristlichen Tradition, wurde erst 1885 zur autokephalen Kirche und 1925 zum Patriarchat erklärt.

Ein heutiger Schauplatz, der die Schwierigkeiten zeigt: Der Zerfall der Balkanstaaten hat zur Gründung unabhängiger Republiken geführt, darunter die Republik „Nordmazedonien“ (im Süden von Serbien; Hauptstadt: Skopje). Nun stellt sich die Frage, inwiefern die kirchliche Zugehörigkeit der Christen zur Serbischen Orthodoxen Kirche erhalten bleibt oder ob eine neue Autokephale Kirche gegründet werden muss. Es handelte sich um einen parallelen Fall wie bei der Neuschaffung einer Autokephalen Kirche für die Ukraine durch den Patriarchen von Konstantinopel. Nun wendet sich auch Nordmazedonien an das Ökumenische Patriarchat mit der Bitte um Erteilung von Autokephalie. Dies geschieht nicht nur von kirchlicher, sondern auch von politischer Seite:

Konstantinopel, 03.10.20 (poi) Das Ökumenische Patriarchat hat am Freitag klargestellt, dass es „derzeit“ keine Bestrebungen im Hinblick auf eine Autokephalie der Kirche von Skopje gebe, es gehe um die „Heilung eines Schismas“. Der nordmazedonische Präsident Stevo Pendarovski hatte sich im September an den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. gewandt, um einen „Tomos“ (Anerkennungsurkunde der Selbständigkeit) für die von der Weltorthodoxie nicht rezipierte „mazedonisch-orthodoxe Kirche“ zu erreichen. Pendarovski nützte einen Gratulationsbrief zum Beginn des orthodoxen Kirchenjahres, um Patriarch Bartholomaios I. „im Namen vieler nordmazedonischer Bürger, die sich als orthodoxe Christen verstehen“, zu bitten, seine Appellationsvollmacht zu nutzen, damit die nordmazedonischen orthodoxen Bürger mit „allen anderen orthodoxen Christen in der Welt“ gleichgestellt werden. Der seit August diesen Jahres wieder amtierende Ministerpräsident Zoran Zaev sandte ebenfalls ein Schreiben nach Konstantinopel, in dem er Bartholomaios I. und das Ökumenische Patriarchat aufforderte, einzugreifen und der „mazedonisch-orthodoxen Kirche“ die Autokephalie zu gewähren: „Wir respektieren alles, was durch internationale Vereinbarungen festgelegt ist. Aber wir möchten innerhalb der Grenzen unseres Landes frei sein, damit unsere Bischöfe mit den Bischöfen aller orthodoxen Kirchen in der Welt konzelebrieren können“.

Nordmazedonien (mit der Hauptstadt Skopje) gehört kanonisch zum serbisch-orthodoxen Patriarchat. 1967 trennte sich die mazedonische Kirche – unter aktiver Beteiligung des titokommunistischen Regimes – vom serbischen Patriarchat, das den Mazedoniern bereits 1959 ein „autonomes Statut“ angeboten hatte. Für die Weltorthodoxie galt die neue Kirche als „schismatisch“. 2002 wollten mazedonische Bischöfe wieder mit dem serbischen Patriarchat in Gemeinschaft treten, wurden aber von den Politikern in Skopje daran gehindert. Im Mai des Vorjahrs kündigte die Bischofsversammlung der serbisch-orthodoxen Kirche die Wiederaufnahme des Dialogs mit den mazedonischen Abtrünnigen an. Schon zuvor hatte sich (der jetzt wieder amtierende) Ministerpräsident Zoran Zaev an den Ökumenischen Patriarchen gewandt. Im heurigen Jänner suchte Zaev dann gemeinsam mit seinem vorübergehenden Nachfolger Oliver Spasovski den Phanar auf. Dabei ins Auge gefasste Konsultationen mit Belgrad dürften nicht zustande gekommen sein. Der „Primas“ der „mazedonisch-orthodoxen Kirche“, Erzbischof Stefan (Veljanovski), betonte aber trotzdem seine Hoffnung auf Erlangung der „Autokephalie“. Schon zuvor hatte Erzbischof Stefan voll Stolz berichtet, dass ihn (im Oktober des Vorjahrs) der US-Außenminister Michael Pompeo besucht und seiner Unterstützung versichert habe.

In dem jetzt veröffentlichten Statement aus dem Phanar heißt es, „jeder“ habe die „heilige Pflicht“, an der „Heilung eines Schismas“ mitzuwirken. Die Formulierung hat in der serbisch-orthodoxen Kirche nicht zur Beruhigung beigetragen, weil sie auch am Beginn der Ukraine-Krise von Konstantinopel angewendet worden war, als sich noch niemand vorstellen konnte, dass der Phanar einer aus Schismatikern bestehenden Gemeinschaft die Autokephalie verleihen würde. Im Statement aus dem Phanar wurde darauf verwiesen, dass sich die „Mutterkirche von Konstantinopel“ in der Region mehrfach um die „Heilung von Schismata“ bemüht habe, so im Hinblick auf das bulgarisch-orthodoxe Patriarchat, dessen Vorgängerorganisation – das bulgarisch-orthodoxe Exarchat – 1871 mit Hilfe des Sultans zustande gekommen war und 1944/45, als es darum ging, in Westthrakien die kirchlichen Verhältnisse wieder zu normalisieren. Das mit NS-Deutschland verbündete Bulgarien hatte 1941 Westthrakien okkupiert und alle griechischen Institutionen untersagt, auch in der Kirche wurde Griechisch verboten. Als Bulgarien auf die alliierte Seite wechselte und Westthrakien unter griechische Souveränität zurückkehrte, kam es in dem Gebiet auch im kirchlichen Bereich zu dramatischen Auseinandersetzungen.

Quelle: <https://ostkirchen.info/autokephalie-fuer-kirche-von-skopje-phanar-wiegelt-ab/>

Sie sehen an diesem Beispiel, wie heikel die konkreten Probleme sind.

- 1) Wer kann die Autokephalie einer Kirche erteilen (die Frage konnte von der Panorthodoxen Synode nicht gelöst werden)?
- 2) Wird hier ein „Schisma geheilt“ – oder eine nationalistische Zersplitterung gefördert und die Kirche noch mehr gespalten?

Wenn heute die Orthodoxen Kirchen anfangen, eine Theologie der sozialen und politischen Ordnung zu entwickeln, dann stehen diese Fragen im Zentrum. Generell muss eine kirchliche Soziallehre nicht nur das Verhalten innerhalb einer Sozialordnung thematisieren (nach dem Motto: Seid gute Bürger, bezahlt eure Steuern, unterstützt einander, sorgt für die Armen etc.), sondern eine Theologie *der* Sozialordnung entwerfen. Es muss die Frage beantwortet werden: Unter welchen Bedingungen kann das Zusammenleben von Menschen nach dem Sündenfall unter den Bedingungen der Endlichkeit gelingen?

Ein erster Schritt im Rahmen der Orthodoxie war die Verurteilung des sogenannten „Phyletismus“: 1872 wurde in Konstantinopel eine Synode einberufen (teilnehmende Kirchen: Konstantinopel, Alexandrien, Jerusalem, Antiochien, Zypern), die erklärte: Das ethnisch-nationale Prinzip könne für die Bildung neuer Staaten sinnvoll sein, für die Kirche sei es jedoch nicht annehmbar, da die ethnische Herkunft der Gläubigen sekundär sei. Die Synode beschloss: „Wir weisen zurück, verurteilen und verdammen den Phyletismus, das heißt die Unterscheidung nach Rassen, den ethnischen Streit, die Zwietracht und die Trennungen in der Kirche Christi als einen Widerspruch zur Lehre des Evangeliums und zu den heiligen Kanones unserer gottseligen Väter, die die heilige Kirche stützen, die ganze Christenheit ordnen und sie zur Gottesverehrung anleiten.“

Deutsche Übersetzung nach: Ernst Chr. Suttner: Der bulgarische Phyletismus – ein geistliches oder weltliches Thema? In: Ostkirchliche Studien 48 (1999), S. 299-305, hier: 299.

Schauen wir uns unter diesem Gesichtspunkt kurz die offiziellen Äußerungen der Orthodoxen Welt an. Dabei fallen bereits in der Wortwahl interessante Aspekte auf:

\* In der katholischen Tradition sprach und spricht man von „Soziallehre“, d.h. betont wird der lehrhafte Aspekt, der dann eine „Anwendung“ erfordert. In jüngerer Zeit benutzen auch katholische Experten und Expertinnen mehr und mehr das Wort „Sozialethik“ und unterstreichen damit, dass sie in ethischen Fragen nicht das spezifisch Christliche, sondern die allgemein kommunizierbare Vernünftigkeit ihrer Aussagen betonen.

\* Die erste Orthodoxe Autokephale Kirche, die ein offizielles Dokument zu sozialen Fragen veröffentlichte, war das Moskauer Patriarchat, das im Jahr 2000 durch das Bischofskonzil ein Dokument mit dem Titel approbiert: „Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche“. Hier sehen Sie einen anderen Akzent: „Grundlagen“ spricht für den Beginn einer Entwicklung; „Sozialkonzeption“ ist bewusst praktischer und dynamischer formuliert als „Soziallehre“. Als Hintergrund muss man wissen, dass dieses Dokument recht schnell nach der politischen Wende von 1989/90 erscheinen konnte, weil es bereits in den Zeiten des Sowjetsystems mehr oder weniger offene Kontakte mit Vertretern der katholischen Soziallehre gegeben hatte.

\* Im Jahr 2020 veröffentlichte das Ökumenische Patriarchat aufgrund der Arbeit einer überwiegend nordamerikanischen Arbeitsgruppe ein Dokument unter dem Titel „Für das Leben der Welt. Auf dem Weg zu einem Sozialethos der Orthodoxen Kirche“. Trotz des umfassenderen Titels ist dieses Dokument nicht panorthodox verbindlich, sondern gilt „nur“ für das Ökumenische Patriarchat, es findet aber auch darüber hinaus Interesse. Das Wort „Ethos“ trägt nochmals einen neuen Akzent. Ein „Ethos“ ist die praktisch bewährte Lebensform einer Gemeinschaft. Sie ist begleitet, vielleicht grundgelegt durch Reflexion, aber sie ist nur die „Anwendung einer Lehre“, sondern gibt selbst der Lehre „zu denken“. Dahinter steht die Überzeugung, dass der christliche Beitrag zur sozialen und politischen Ordnung nicht aus Ideen besteht, sondern aus einem gelebten Zeugnis für das Evangelium.

Schauen wir uns aus diesen Dokumenten einige Auszüge an.

### **1) Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche“ (2000)**

(Eine deutsche Übersetzung wurde durch die Konrad-Adenauer-Stiftung angefertigt. Sie trägt jedoch den entstellenden Titel „Sozialdoktrin“ der Russischen Kirche!).

Die ersten drei Kapitel tragen die Titel: I. Theologische Grundpositionen“ (v.a. zur Kirche) – II. Kirche und Nation – III. Kirche und Staat

Aus der Einleitung: Das vorliegende, von der Heiligen Bischöflichen Synode der Russischen Orthodoxen Kirche verabschiedete Dokument legt die Grundlagen ihrer Lehre zu Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie zu einer Anzahl bedeutsamer gegenwärtiger Probleme der Gesellschaft dar ...

### **zu I.: Kirche**

I.1. Die Kirche ist die Gemeinschaft der an Christus Glaubenden, in die einzutreten jeder von Ihm Selbst aufgerufen ist. In ihr soll „alles Himmlische und Irdische“ in Christus vereinigt werden, weil Er, der „als Haupt alles überragt, über die Kirche gesetzt (ist). Sie ist sein Leib und wird von ihm erfüllt, der das All ganz und gar beherrscht“ (Eph 1,22f.). In der Kirche erfolgt die Vergöttlichung der Schöpfung durch das Wirken des Heiligen Geistes, in ihr wird der ursprüngliche Ratschluss Gottes über die Welt und den Menschen verwirklicht. ...

I.4. Die Kirche erfüllt die Sendung zur Erlösung des menschlichen Geschlechts nicht nur durch direkte Verkündigung, sondern auch durch gute Werke, die die Verbesserung des geistlich-moralischen und des materiellen Zustands der Welt zum Ziel haben. Dafür tritt sie in Beziehung zum Staat, auch wenn er keinen christlichen Charakter trägt, sowie zu verschiedenen gesellschaftlichen Vereinigungen und einzelnen Menschen, selbst wenn diese sich mit dem christlichen Glauben nicht identifizieren. Ohne ihre eigentliche Aufgabe, alle zur Orthodoxie zu bekehren, zur Bedingung für eine Zusammenarbeit zu erheben, vertraut die Kirche darauf, dass gemeinsames Wohltun ihre Mitarbeiter und die Menschen um sie herum zur Erkenntnis der Wahrheit führt, ihnen hilft, die Treue zu den gottgegebenen sittlichen Normen zu bewahren oder wiederherzustellen, ihnen den Weg zu Frieden, Eintracht und Wohlergehen eröffnet. Unter diesen Bedingungen kann die Kirche ihren Heilsauftrag auf bestmögliche Weise erfüllen.

### **zu II.: Kirche und Nation**

II.1. ... Die gegenwärtige Welt verwendet den Begriff „Nation“ in zweifachem Sinn – als ethnische Gemeinschaft sowie als die Gesamtheit der Bürger eines bestimmten Staates. Die Beziehungen zwischen Kirche und Nation sollen im Kontext der ersten wie auch der zweiten Bedeutung dieses Wortes betrachtet werden. ...

Ihrem Wesen nach universal, ist die Kirche zugleich ein einheitlicher Organismus, ein Leib (1 Kor 12,12). Sie ist die Gemeinschaft der Kinder Gottes, „ein auserwähltes Geschlecht, eine königliche Priesterschaft, ein heiliger Stamm, ein Volk, das sein besonderes Eigentum wurde (...). Einst wart ihr nicht sein Volk, jetzt aber seid ihr Gottes Volk“ (1 Petr 2,9f.). Die Einheit dieses neuen Volkes gründete nicht in der nationalen, kulturellen oder sprachlichen Gemeinschaft, vielmehr im Glauben an Christus und in der Taufe. Das neue Volk Gottes hat „hier keine Stadt, die bestehen bleibt, sondern (es sucht) die künftige“ (Hebr 13,14). Die geistliche Heimat aller Christen ist nicht das irdische, sondern das himmlische Jerusalem (Gal 4,26). Das Evangelium Christi wird nicht in einer heiligen Sprache verkündigt, die nur einem Volk verständlich ist, sondern in allen Sprachen (Apg 2,3-11) ...

II.2. ... Der universale Charakter der Kirche bedeutet allerdings nicht, dass die Christen kein Recht auf nationale Eigenart und nationale Selbstbestimmung hätten. Im Gegenteil, die Kirche verbindet in sich das universale mit dem nationalen Prinzip. Die Orthodoxe Kirche als universale Kirche besteht somit aus einer Anzahl Autokephaler Ortskirchen. Auch in dem Bewusstsein, Bürger des himmlischen Vaterlandes zu sein, dürfen die orthodoxen Christen ihre irdische Heimat nicht vergessen. ...

Die kulturellen Unterschiede der einzelnen Völker finden ihren Ausdruck im liturgischen und im übrigen kirchlichen Handeln, in den Besonderheiten der christlichen Lebensführung. All dies bringt die nationale christliche Kultur hervor. ...

II.3. ... *Der Patriotismus des orthodoxen Christen soll tätig sein. Er äußert sich in der Verteidigung des Vaterlands gegen den Feind, in der Arbeit zum Wohle der Heimat, im Einsatz für das öffentliche Leben, einschließlich der Teilnahme an den Angelegenheiten der Staatsführung. Der Christ ist dazu aufgerufen, die nationale Kultur und das nationale Selbstbewusstsein zu wahren und weiterzuentwickeln.*

Wenn die Nation – bürgerlich oder ethnisch – vollständig oder überwiegend eine monokonfessionelle orthodoxe Gemeinschaft ist, kann sie in gewissem Sinne als einheitliche Glaubensgemeinschaft betrachtet werden – als orthodoxes Volk.

II.4. Gleichzeitig können nationale Gefühle sündhafte Erscheinungen verursachen, z.B. aggressiven Nationalismus, Xenophobie, nationale Exklusivität, Feindschaft zwischen Völkern. Nicht selten führen diese Phänomene in ihrer äußersten Ausprägung zur Einschränkung der Rechte der Person und der Völker, zu Krieg und anderen Erscheinungsformen von Gewalt.

*Der orthodoxen Ethik widerspricht die Einteilung der Völker in bessere und schlechtere, die Herabwürdigung irgendeiner ethnischen oder bürgerlichen Nation. Noch weniger lässt sich die Orthodoxie mit Lehren vereinbaren, die die Nation an die Stelle Gottes setzen oder den Glauben lediglich zu einem Aspekt des nationalen Selbstbewusstseins herabsetzen.*

### **zu III. Kirche und Staat:**

III.2. Der Fall Adams brachte Sünde und Laster in die Welt, gegen die gesellschaftlicher Widerstand geleistet werden muss; es begann mit dem Mord Kains an Abel (Gen 4,1-16). Die Menschen aller bekannten Gesellschaften erkannten das und begannen, sich Gesetze zu geben, um das Böse in Schranken zu halten und das Gute zu fördern. Für das alttestamentliche Volk war Gott Selbst der Gesetzgeber, der Vorschriften verkündete, die nicht nur das religiöse, sondern auch das öffentliche Leben regelten (Ex 20-23).

Als unerlässlicher Bestandteil des Lebens in der gefallenen Welt, in der Person und Gesellschaft des Schutzes gegen die gefährlichen Erscheinungsformen der Sünde bedürfen, ist der Staat von Gott gesegnet. Gleichzeitig ergibt sich die Notwendigkeit des Staates nicht unmittelbar aus dem Willen Gottes für den erstgeschaffenen Adam, sondern erst aus den Folgen des Sündenfalls sowie daraus, dass die Handlungen zur Begrenzung der Herrschaft der Sünde in der Welt Seinem Willen entsprechen. *Die Heilige Schrift ruft die Machthabenden auf, die staatliche Gewalt zur Eingrenzung des Bösen und zur Unterstützung des Guten zu gebrauchen; darin wird der moralische Sinn der Existenz des Staates gesehen* (Röm 13,3-4). Aus dem oben Gesagten ergibt sich, dass Anarchie die Abwesenheit der gebührenden Ordnung von Staat und Gesellschaft ist, und folglich widersprechen Aufrufe zur Anarchie und Versuche, sie zu errichten, der christlichen Weltanschauung (Röm 13,2).

*Die Kirche gebietet ihren Kindern nicht nur, der staatlichen Gewalt unabhängig von den Überzeugungen und Glaubensbekenntnissen ihrer Träger Gehorsam zu leisten, sondern sie betet auch für sie, „damit wir in aller Frömmigkeit und Rechtschaffenheit ungestört und ruhig leben können“* (1 Tim 2,2). *Gleichzeitig dürfen die Christen jedoch nicht die Staatsgewalt verabsolutieren und die Grenzen ihres rein irdischen, zeitlichen und vergänglichen Wertes ignorieren, der bedingt ist durch das Vorhandensein der Sünde in der Welt und die Notwendigkeit, ihr Einhalt zu gebieten. Nach der Lehre der Kirche hat auch die Staatsgewalt nicht das Recht, sich durch Ausweitung ihrer Grenzen bis zur vollen Autonomie gegenüber Gott und der von Ihm geschaffenen Ordnung der Dinge selbst zu verabsolutieren, was zu Machtmissbrauch und sogar zur Vergöttlichung der Herrschenden führen könnte.* Der Staat, wie andere von Menschen geschaffenen Einrichtungen auch, kann, selbst wenn er auf das Gute ausgerichtet ist, die Tendenz zur Umwandlung in eine sich selbst zerstörende Institution aufweisen. Zahlreiche historische Beispiele einer solchen Umwandlung belegen, dass in diesem Fall der Staat seine ihm ursprünglich zugedachte Bestimmung verliert.

III.3. In den Beziehungen zwischen Kirche und Staat muss ihre wesensmäßige Verschiedenheit beachtet werden. Die Kirche ist unmittelbar durch Gott Selbst begründet, durch unseren Herrn Jesus Christus; die Gottgegebenheit der Staatsgewalt erweist sich mittelbar im Laufe eines historischen Prozesses. Das Ziel der Kirche ist das ewige Heil der Menschen, das Ziel des Staates besteht in deren irdischem Wohlergehen.

## **2) Für das Leben der Welt. Auf dem Weg zu einem Sozialethos der Orthodoxen Kirche**

(von mir übersetzt und publiziert in der Reihe „Epiphania Egregia“, Fribourg 2020).

### **II. Die Kirche im öffentlichen Raum**

*Lasst uns unser ganzes Leben Christus, unserem Gott, empfehlen*

§8 Die christliche Hoffnung beruht auf dem Reich Gottes und nicht auf den Reichen dieser Welt. Die Kirche setzt ihr Vertrauen „nicht auf Fürsten, auf Menschensöhne, bei denen es doch keine Rettung gibt“ (Psalm 146[145],3), sondern auf den Sohn Gottes, der in die Geschichte eingetreten ist, um seine Geschöpfe von all den Handlungsweisen und Strukturen der Sünde, Unterdrückung und Gewalt zu befreien, die die gefallene Welt verderben. Im Laufe der christlichen Geschichte haben die Christen unter verschiedenen Regierungsformen gelebt – Imperien, totalitäre Regime, liberale Demokratien, christlich konstituierte Nationen, Nationen auf der Grundlage anderer Glaubensbekenntnisse, säkulare Staaten. Einige von ihnen erwiesen sich der institutionellen Kirche gegenüber als freundlich, einige als feindlich und einige als gleichgültig. Unabhängig von dem politischen Regime, dem sie unterworfen sind, ist die wesentliche Heimat der Christen in dieser Welt jedoch die (manchmal öffentliche, manchmal geheime) Feier der heiligen Eucharistie, in der sie aufgefordert werden, „alle irdische Sorge abzulegen“ (Göttliche Liturgie des hl. Johannes Chrysostomus) und in die Einheit des Leibes Christi in der Geschichte und zugleich in die Freude des Reiches Gottes jenseits der Geschichte einzutreten. Die Eucharistie, die von den Gläubigen gefeiert und geteilt wird, konstituiert immer neu das wahre christliche Gemeinwesen und erstrahlt als Ikone des Reiches Gottes, wie es in einer erlösten, verklärten und verherrlichten Schöpfung verwirklicht sein wird. Von daher ist die Eucharistie auch ein prophetisches Zeichen, sie ist eine Kritik an allen politischen Regimen, insofern sie hinter der göttlichen Liebe zurückbleiben, und zugleich eine Einladung an alle Völker, zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu suchen (Mt 6,33). Hier haben wir keine bleibende Stadt und müssen vielmehr nach der künftigen Stadt Ausschau halten (Hebr 13,14); hier sind wir Fremde und Pilger (Hebr 11,13); doch hier genießen wir auch einen Vorgeschmack auf jene endgültige Erlösung der gesamten sozialen Ordnung in Gottes Reich und sind mit einem Zeichen betraut worden, das wir den Völkern vor Augen stellen sollen, um sie zu einem Leben in Frieden und Nächstenliebe in der Zuflucht zu Gottes Verheißungen aufzurufen.

§9 Die Orthodoxe Kirche kann nicht alle Formen menschlicher Regierung als gleichwertig beurteilen, auch wenn alle weit hinter dem Reich Gottes zurückbleiben. Sie verurteilt etwa unmissverständlich jede Art von institutioneller Korruption und Totalitarismus, denn sie weiß, dass daraus nichts als Massenelend und Unterdrückung hervorgehen. Die Kirche behauptet auch nicht, dass von christlichen Bürgern der etablierten Staaten in jeder erdenklichen Situation verlangt ist, sich den herrschenden Mächten zu unterwerfen oder den sozialen und politischen Ordnungen, in denen sie sich vorfinden, zuzustimmen. ... Das Reich Gottes allein bildet die erste und letzte Loyalität der Christen, und alle anderen Loyalitäten sind höchstens vorläufig, vergänglich, partiell und beiläufig. ...

§10 In vielen Ländern der heutigen Welt sind bürgerliche Ordnung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie Realität, und Bürger und Bürgerinnen können darauf vertrauen. In einem sehr realen Ausmaß räumen diese Gesellschaften den Menschen die grundlegende Würde der Freiheit ein, um die guten Ziele zu suchen und zu verfolgen, die sie für sich selbst, ihre Familien und ihre Gemeinschaften wünschen. Dies ist in der Tat ein sehr seltener Segen, wenn man ihn in Bezug auf den gesamten Verlauf der Menschheitsgeschichte betrachtet, und es wäre unvernünftig und lieblos von Christen, keine echte Dankbarkeit für das besondere demokratische Genie der Moderne zu empfinden. Orthodoxe Christen, die die großen Vorteile eines Lebens in solchen Ländern genießen, sollten derartige Werte nicht als selbstverständlich ansehen, sondern sie vielmehr aktiv unterstützen und sich für die Erhaltung und Ausweitung demokratischer Institutionen und Gewohnheiten innerhalb des rechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmens ihrer jeweiligen Gesellschaft einsetzen. Es ist eine gewisse gefährliche Versuchung unter orthodoxen Christen, sich einer lähmenden und in vielerlei Hinsicht wirklichkeitsfremden Nostalgie nach einer längst vergangenen goldenen Ära hinzugeben und sich darunter so etwas wie das einzig ideale orthodoxe Gemeinwesen vorzustellen. Dies kann zu einer besonders schädlichen

Art von falscher Pietät werden, die die vergänglichen politischen Formen der orthodoxen Vergangenheit – wie etwa das Byzantinische Reich – mit dem Wesen der Kirche der Apostel verwechselt. Die besonderen Vorteile der Kirche unter christlicher Herrschaft haben vielleicht das Heranreifen und die Herausbildung eines eigenen orthodoxen Ethos innerhalb der von orthodoxen Christen bewohnten politischen Räume ermöglicht, sie hatten aber auch die unglückliche Nebenwirkung, die Kirche an bestimmte lähmende Beschränkungen zu binden. Allzu oft hat die Orthodoxe Kirche die Verschmelzung von nationaler, ethnischer und religiöser Identität zugelassen, bis zu dem Punkt, an dem Formen und Sprache des Glaubens in ihrer äußerlichen Gestalt – völlig entleert von ihrem wahren Inhalt – unter dem Deckmantel christlicher Zugehörigkeit als Instrumente zur Förderung nationaler und kultureller Interessen benutzt wurden. Und dies hat oft die Kirche in ihrer Berufung behindert, allen Völkern das Evangelium zu verkünden.

§11 So verurteilte das Konzil von Konstantinopel 1872 den „Phyletismus“, d.h. die Unterordnung des orthodoxen Glaubens unter ethnische Identitäten und nationale Interessen. Die Liebe zur eigenen Kultur ist eine ehrenwerte Haltung, solange sie auch eine großzügige Haltung ist, verbunden mit der Bereitschaft, die Schönheit und den Adel anderer Kulturen anzuerkennen und den Austausch und fruchtbare Mischungen aller Kulturen zu begrüßen. Und Patriotismus kann ein gutes und gesundes Gefühl sein, solange er nicht fälschlich für eine Tugend an sich oder für ein moralisches Gut gehalten wird, selbst wenn das eigene Land zutiefst ungerecht oder zerstörerisch geworden ist. Doch für Christen ist es absolut verboten, aus der kulturellen, ethnischen oder nationalen Identität einen Götzen zu machen. So etwas wie einen „christlichen Nationalismus“ oder auch nur irgendeine Form von Nationalismus, der für das christliche Gewissen vertretbar wäre, kann es nicht geben. Leider muss dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt betont werden, da unerwartet in weiten Teilen der zivilisierten Welt äußerst heimtückische Identitätsideologien wieder aufleben, einschließlich kriegerischer Formen des Nationalismus und blasphemischer Rassenphilosophien ... Ein größerer Widerspruch zum Evangelium ist kaum vorstellbar. Es existiert nur *ein* Menschengeschlecht, zu ihm gehören alle Menschen, alle sind eins und dazu berufen, ein einziges Volk in Gott, dem Schöpfer, zu werden. Es gibt keine Menschheit außer der einen universalen Menschheit, die der Sohn Gottes bei seiner Menschwerdung angenommen hat, und sie umfasst alle Menschen ohne Unterschied oder Diskriminierung. Und doch sind neue Formen des politischen und nationalistischen Extremismus aufgekommen und haben leider schließlich sogar verschiedene orthodoxe Gemeinden mit Personen unterwandert, die der Rassentheorie anhängen. Die Orthodoxe Kirche verurteilt deren Ansichten uneingeschränkt und ruft sie zu einer vollständigen Buße und einer reumütigen Versöhnung mit dem Leib Christi auf. Und wenn eine orthodoxe Gemeinschaft solche Personen in ihrer Mitte entdeckt und sie nicht bewegen kann, sich von den durch sie vertretenen Übeln loszusagen, dann obliegt es ihr, diese Menschen zu entlarven, zu verurteilen und auszuschließen. Jede kirchliche Gemeinschaft, die darin versagt, hat Christus verraten.

§13 Wir leben, wie es oft heißt, in einem säkularen Zeitalter. Das heißt natürlich nicht, dass die Religion aus allen Gesellschaften verschwunden ist. In einigen von ihnen ist sie in der Tat nach wie vor eine so starke kulturelle Kraft wie zuvor. Und selbst in den ganz konsequent laizistischen und säkularisierten Nationen des Westens bleiben der religiöse Glaube und die religiöse Praxis nach wie vor weitaus lebendiger, als man erwarten würde, wenn der religiöse Impuls nur ein beiläufiger Aspekt der menschlichen Kultur wäre. Die Verfassungen der meisten modernen Staaten – selbst derjenigen, die eine bestehende Kirche formell anerkennen – gehen jedoch von der bürgerlichen Priorität eines öffentlichen Raumes ohne religiöse Vereinigungen und von einer politischen Ordnung frei von kirchlicher Autorität aus. Viele glauben heute in der Tat, eine demokratische Gesellschaft sei nur in dem Maße möglich, wie Religion vollständig in die Privatsphäre verbannt sei und keine Rolle bei der Formulierung der Politik spiele. Dies ist natürlich eine unvernünftige Forderung, die despotisch wird, wenn man sie mit rechtlichen Zwangsmitteln durchsetzt. Menschliche ethische Überzeugungen entwickeln sich nicht in einem gedanklichen Leerraum, und religiöse Zugehörigkeit ist ein untrennbarer Bestandteil für die Weise, wie sehr viele Gemeinschaften und Einzelpersonen überhaupt eine Vorstellung vom Gemeinwohl, von moralischer Gemeinschaft und sozialer Verantwortung haben. Die Stimme des Glaubens in der Öffentlichkeit zum Schweigen zu bringen, bedeutet auch, die Stimme des Gewissens sehr vieler Bürger und Bürgerinnen zum Schweigen zu bringen und sie gänzlich vom staatsbürgerlichen Leben

auszuschließen. Zugleich war allerdings auch die Auflösung der alten Übereinkunft zwischen Staat und Kirche – oder Thron und Altar – ein großer Segen für die christliche Kultur. Sie hat die Kirche von einer allzu oft sklavischen und unheiligen Unterwerfung unter die irdische Macht und von einer Komplizenschaft mit ihren Übeln befreit. In der Tat liegt es sehr stark im Interesse der Kirche, dass die institutionelle Verbindung des Christentums mit den Interessen des Staates so gering wie möglich ist, nicht weil die Kirche sich aus der Gesellschaft insgesamt zurückziehen will, sondern weil sie berufen ist, der Welt das Evangelium zu verkünden und Gott in allen Dingen zu dienen, ohne Kompromisse durch das Bündnis mit weltlichen Bestrebungen. Die Orthodoxe Kirche sollte also dankbar sein, wenn Gott in seiner Vorsehung zugelassen hat, dass die politischen Freiheitsrechte der Kirche in den meisten Ländern der alten Christenheit geringer sind, damit sie ihre Sendung zu allen Nationen und Personen treuer ausführen und fördern kann. Gewiss kann die Kirche mit einer politischen Ordnung, die ihrem Volk nicht mit Zwangsmitteln theologische Konformität auferlegt, ganz froh und in Frieden leben, denn eine solche Ordnung erlaubt der Kirche, einen viel reineren und unmittelbareren Appell an die Vernunft und das Gewissen aller zu richten.

§14 Dies hindert die Kirche in keiner Weise an der direkten und stabilen Zusammenarbeit mit politischen und zivilen Behörden und Staatsorganen, wenn es darum geht, das Gemeinwohl zu fördern und den Werken der Nächstenliebe nachzugehen. Das Christentum begann als religiöse Minderheitsbewegung innerhalb einer imperialen Kultur, die seiner Präsenz entweder gleichgültig oder feindlich gegenüberstand. Selbst damals, in Zeiten der Not, etwa im Fall von Pest oder Hungersnot, zeichneten die Christen sich oft durch die Selbstlosigkeit ihres Dienstes am Nächsten aus. Und während der frühen Jahrhunderte des Glaubens machten die kirchlichen Vorkehrungen für die Bedrängten – vor allem Witwen und Waisen, die in der alten Welt oft am stärksten bedürftig und gefährdet waren – die Kirche zur ersten organisierten Einrichtung sozialer Wohlfahrt in der westlichen Gesellschaft. Nach der Bekehrung des Imperiums zum Christentum gab es darüber hinaus keine bedeutendere Veränderung in der rechtlichen und sozialen Verfassung der imperialen Gesellschaft als die immense Ausweitung der philanthropischen Ressourcen und der sozialen Verantwortung der Kirche. Eine allgemeine Charakterisierung des Verhältnisses von Kirche und Staat in der Zeit des christlichen Imperiums ist nicht möglich; das Bündnis trug sowohl gute als auch schlechte Früchte; niemand sollte jedoch an der immensen Verbesserung der westlichen Vorstellung des Gemeinwohls zweifeln, die mit der Einführung des christlichen Gewissens in die Sozialgrammatik der spätantiken Welt eingeleitet wurde und sich von dort aus langsam und schrittweise entfaltete. Mit der Zeit wurde diese Zusammenarbeit zugunsten des Gemeinwohls in der orthodoxen Tradition unter dem Begriff *symphonia* in den *Novellen* des Kaisers Justinian verankert. Dasselbe Prinzip war in der Verfassung vieler orthodoxer Nationalstaaten in der nachosmanischen Zeit wirksam. Und auch heute noch kann das Prinzip der *symphonia* die Kirche bei ihren Versuchen leiten, gemeinsam mit den Regierungen auf das Gemeinwohl hinzuarbeiten und gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen. Es kann jedoch nicht als Rechtfertigung geltend gemacht werden, um die Orthodoxie als Religion in der Gesellschaft insgesamt verpflichtend zu machen oder die Kirche als politische Macht zu propagieren. Vielmehr sollten Christen dadurch erinnert werden, dass dieses Bekenntnis zum Gemeinwohl – im Gegensatz zum rein formalen Schutz individueller Freiheiten, parteiischer Interessen und der Macht von Unternehmen – das wahre Wesen einer demokratischen politischen Ordnung ist. Ohne die Sprache des Gemeinwohls im Zentrum des gesellschaftlichen Lebens verkommt der demokratische Pluralismus allzu leicht zu reinem Individualismus, zum Absolutismus des freien Marktes und zu einer geistig zersetzenden Konsumhaltung.